

Mathias Greffrath

Die Politik des Magens

Über die notwendige Veränderung unserer Ernährungsweise

In diesem Jahr waren es 30.000, die vor das Kanzleramt marschierten, unter dem Banner »Wir haben es satt!« Ein bunter Zug: Manche trugen Schweinemasken, andere hatten sich als Küken verkleidet oder trugen Hahnenkämme. »Streicheln, nicht essen«, war da zu lesen oder »Artgerecht statt ungerecht« oder »Ich esse nichts, was eine Mutti hat« oder »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«. Aber alle, ob in Maskerade oder in bürgerlichem Zivil, forderten von der Regierung eine Umkehr in der Agrar-, Ernährungs- und Wirtschaftspolitik.

Das Ende der Massentierhaltung und der chemielastigen und gentechnisch aufgerüsteten Landwirtschaft, eine gerechte globale Agrarordnung – so ausgreifend die Forderungen, so heterogen ist die Schar der Demonstranten, die jedes Jahr in wachsender Zahl während der Grünen Woche durch das Regierungsviertel zieht. Das Spektrum reicht von den Verfassern überdrehter Gourmetprosa (à la »leichte Rustikalität mit wunderbaren Durchblendungsmöglichkeiten auf eine Bio-Anmutung, die weder aromatisch noch textuell zu dominant ist«, wo es eigentlich doch nur um einen überbackenen Sellerie geht) über Mittelschichtler mit ausgeprägter Vergiftungsphobie und kompromisslose Veganer bis hin zu Agrarwissenschaftlern, Biomilch-Produzenten und Kleinbauern, die es bleiben wollen. Gewerkschafter, die für die Rechte rumänischer Werkvertragssklaven in niedersächsischen Schlachthöfen streiten, demonstrieren Seite an Seite mit global denkenden Ökologen, die gegen das Glyphosat von Monsanto mobil machen, das auf den Sojamonokulturen in Argentinien den Boden auslaugt, oder Dritte-Welt-Gruppen, die gegen das Dumping von schlecht gekühlten Hühnerschenkeln

aus deutscher Produktion protestieren, das die kleinen Farmer in Ghana in den Ruin treibt. Kurz, es geht in dieser breiten Bewegung um Geschmack und Gülle, um Bauern und Banken, um den eigenen Haushalt und die Ökonomie des Ganzen.

Politische und moralische, konservative und linke, lokale und globale, sentimentale und wissenschaftlich gestützte Motive, existenzielle Erschütterung und Sorge um »die Zukunft der Menschheit«; die Zunahme der Tischgespräche über das, was wir essen – all das zusammen ergibt eine Mischung, die sich auch in der Öko- und Anti-Atom-Bewegung der 70er und 80er Jahre fand – und gerade diese Mischung machte sie damals brisanter, argumentativ stärker und nachhaltiger als alle rationalen Beschwichtigungsversuche der Weitermacher-wie-bisher.

Seit Jahren schon bilden sich an vielen Orten Bürgerbündnisse neuer Art, in denen unterschiedlichste Interessen zu einem Ziel zusammenfinden. In Wietze in Niedersachsen legten 7.000 Demonstranten eine Menschenkette um eine Fabrik, in der, mit 6,5 Millionen Euro vom Land Niedersachsen gefördert, jedes Jahr 135 Millionen Hähnchen geschlachtet werden. In Bernburg in Sachsen-Anhalt protestierten eine lokale Bürgerinitiative und der Bauernbund gegen den Bau einer Fleischfabrik, in der ein italienischer Konzern pro Stunde 1.000 Schweine schlachten will, deren Schinken dann wohl – wie üblich – in Parma ihren Namen bekommen werden.

Die neue soziale Bewegung, die da entsteht, so vielfältig und ideologisch differenziert sie ist, wird in den nächsten Jahren vermutlich eine Dynamik entwickeln, von deren Heftigkeit die Regierenden überrascht werden dürften. Diese Bewegung

wird es einerseits leichter haben als die gegen die Atom- und Kohlekonzerne, weil sie an ein von vielen geteiltes latentes Unbehagen anknüpft, und weil die Gegner diesmal – sagen wir der Kürze halber – hässlicher sind: Massentierhalter, *Land Grabber*, Spekulanten, Lebensmittelfälscher, Bodenvergifter. Und diese Bewegung wird es schwerer haben, denn hier geht es nicht nur um die relativ einleuchtende Ersetzung von fossilen durch erneuerbare Energien, sondern um einen Angriff auf Millionen von Grundeigentümern, auf Ernährungs- und Agrarchemie-Multis – und am Ende auf uns selbst, auf unser täglich Fleisch, unsere Gewohnheiten.

Aber zunehmend dringt die agrikulturelle Aufklärung in die Alltagsgespräche ein. Sie beginnt mit der Empörung sensibler Teenager, die das Frikassee ihrer Eltern verweigern, nachdem sie die Filme über das millionenfache Schreddern von Eintagsküken mit dem falschen Geschlecht gesehen haben. Die Empathie mit der Kreatur ist offenbar immer noch in unseren Seelen verankert. Aber je mehr man sich mit der Materie beschäftigt, desto mehr verbinden sich die ungunstigen Gefühle mit Wissen über die Gründe für sie.

Im letzten Jahrzehnt wurde Deutschland, das Industrieland, zum Vizeweltmeister im Schweineexport, und nach Meinungen der Mäster ist kein Ende der Steigerung abzusehen. Möglich geworden ist dieses rasante Wachstum nur durch die von unserem Staat und der EU geförderte Hyperindustrialisierung der Fleischproduktion; die wiederum ist angewiesen auf die Steigerung des Futtermittelimports, vor allem aus Lateinamerika. Zwei Drittel der Äcker, auf denen für unseren Fleischbedarf gepflanzt wird, liegen im Ausland, und hierzulande wird immer mehr Boden für den lukrativeren und subventionierten Anbau von Energiepflanzen vernutzt – in Mecklenburg ist es schon fast ein Viertel. Resultat: Die Bodenpreise explodieren, die

Begründung neuer bäuerlicher Existenzen ist unbezahlbar geworden, ihre Zahl sinkt jedes Jahr zuverlässig um mehr als 2 %.

Das Problemfeld reicht vom Acker über den Supermarkt bis auf den Mittagstisch, hinaus auf den Weltmarkt. Aber größere politische oder gesamtgesellschaftliche Debatten gibt es nach wie vor nicht. Die Parteien rühren ungern am Agrarkomplex.

Zum einen, weil sie Probleme lieben, die einen Henkel haben, also mit einem Gesetz zu ändern, ersatzweise mit vielen kleinen Rädchen zu bearbeiten sind, so dass es keinem weh tut. Für die Umsteuerung der Landwirtschaft aber müssten sie sich an vielen Fronten verkämpfen: von den Lebensmittelketten über die Agrarchemie, die Bauernverbände, die gewerbesteuerabhängigen Bürgermeister usw. – wenn sie nicht von vornherein dem Druck der Lobbys folgen. Und der ist mächtig. Allein um die Lebensmittelampel zu verhindern, die auf den Verpackungen vor schädlichen Produkten warnen sollte, hat diese Lobby eine Milliarde in Brüssel eingesetzt.

Und zum anderen: die Verringerung des Fleischkonsums, eine generelle Verteuerung der Lebensmittel, durch die Regionalisierung der Landwirtschaft, durch starke Subvention von Bio-Produkten. Da hätten die Politiker – Zunahme der Vegetarier hin, Propaganda der Tierschützer her – sofort die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände gegen sich. Und ein ganzes Volk von Fleischessern.

Aber es geht noch weiter: Eine nachhaltige Veränderung unseres Lebensmittelkonsums würde die gesamte Wirtschaft in den Zusammenbruch treiben. Übertrieben? Ich glaube nicht, denn die Art und Weise, wie wir ernährt werden, ist nicht nur gesundheitlich schädlich und unter dem Aspekt einer globalen Moral unanständig. Sie ist systemnotwendig für den Kapitalismus. Billiges Essen ist eine, vielleicht sogar die wichtigste Bedingung für die Aufrechterhaltung von Wachstum geworden. Der Anteil der Ausgaben für Es-

sen und Trinken in einem Durchschnittshaushalt hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als halbiert und fiel von 40 % auf unter 15 % der Einkommen. Nur durch diese enorme Verbilligung wurden erst die Mittel für den Massenkonsum von Automobilen, Elektronik, Haushaltsgeräten, größeren Wohnungen und Reisen frei.

Eine Umstellung unseres Fleischverzehr vom Kilo Kasseler Kamm für 2,79 Euro auf Fleisch von Rindern, Schweinen und Hähnchen, die nicht industriell gemästet und geschlachtet werden, und weiter noch: weg von Fertigmahlzeiten und Kartonpizza zu Gemüse und Rohkost würde die Lebenshaltungskosten vor allem bei den Geringverdienern steigen lassen; bei ihnen und den notorisch herbeizitierten Unterschichten bliebe kaum etwas übrig für Kik-Klamotten, Flachbildschirme, und Plastikkram aus China. Besseres, gesünderes Essen und eine nachhaltige Landwirt-

schaft – das wären die ultimativen Wachstumsbremsen.

Eine Agrar- und Nahrungswende rührt ans System, deshalb ist sie ein politisches Gesamtkunstwerk. Aber eben diese Schwierigkeit lässt die Politiker resignieren und begründet gleichzeitig den Optimismus des Handelns: Gerade weil das so ist, kann man praktisch an vielen Stellen anfangen, tätig werden, sich engagieren. Eine vernünftige Organisation des Ganzen könnte sich so mit der Selbstachtung von Millionen verbinden, die sich schlechtes Essen und unmoralischen, verantwortungslosen Konsum einfach nicht länger antun wollen. Die es pervers finden, dass wir für die Ernährung unserer Kinder in der Tagesstätte 70 Cent ausgeben, wo drei Euro nötig wären. Aus all dem könnte sich eine Bewegung speisen, die doch einigen Politikern signalisierte: Da sind Wählerstimmen drin.



Mathias Greffrath

ist Soziologe und Autor. Er arbeitet u.a. für Rundfunkanstalten, die ZEIT, die Süddeutsche Zeitung und die taz.

greffrath@aol.com

Ulrich Baron

Schatten im Paradies

Finnland auf der Frankfurter Buchmesse 2014

»Finnland. Cool.« ist der Slogan des Gastlandauftritts, so stellt sich der Ehrengast der Frankfurter Buchmesse 2014 vor. »Damit möchten wir nicht nur den Aspekt des Nordischen übermitteln, sondern auch den coolen Charakter Finnlands: Bei uns gehen literarische Klassiker und moderne Technologie Hand in Hand. Auch die Literatur geht mit der Zeit und ist cool!«

Nun hat der Ausdruck »Cool« eine etwas längere Geschichte: »Birth of the Cool«

war der Titel einer 1957 erschienenen Studio-LP von Miles Davis, deren Aufnahmen bis ins Jahr 1949 zurückreichen. In den 60er und 70er Jahren wäre solch eine hochgejazzte Selbstdarstellung durchaus angemessen gewesen. Architekten wie Alva Aalto hatten dem urbanen Leben Finnlands, in dem drei Viertel aller Gebäude nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, ein neues Design gegeben. Seit 1960 wurde die Marke Lapponia zum Inbegriff